Gemeinde Marienheide
Der Bürgermeister

Niederschrift

Gremium			
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss			**21. Sitzung**
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			**23.08.2012**
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
09.08.2012		**16:00 Uhr**	**19:55 Uhr**

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Schneider, Ulrich	WfM	

Ratsmitglieder CDU

Hettich, Michael	CDU	
Hüttenmeister, Monika	CDU	bis 17:15 Uhr

Ratsmitglieder SPD

Berges, Günter	SPD	
Fernholz, Wilfried	SPD	Vertretung für Herrn Rolf Kühr
Kramer, Harald	SPD	Vertretung für Herrn Holger Maurer
Vetter, Anke	SPD	Vertretung für Herrn Kurt Borner, ab 16:30 Uhr

Ratsmitglieder FDP

Heringer, Reimund	FDP	
Rittel, Jürgen	FDP	Vertretung für Herrn Dieter Beckmann

Ratsmitglieder WfM

Fuchs, Timo	WfM	Vertretung für Herrn Jörn Bielenberg
Meier, Hans Lothar	WfM	

Sachkundige Bürger CDU

Göldner, Sebastian	CDU	

Sachkundige Bürger SPD		
Meckel, Maik	SPD	Vertretung für Herrn Christoph Beyer, bis 19:35 Uhr
Sachkundige Bürger UWG		
Gebske, Helmut	UWG	Vertretung für Herrn Dieter Lauert
Oehme, Klaus	UWG	
Sachkundige Einwohner		
Schröder, Walter	fraktionslos	bis 19:35 Uhr

Es fehlten entschuldigt:

Ratsmitglieder SPD	
Borner, Kurt	SPD
Kühr, Rolf	SPD
Maurer, Holger	SPD
Sachkundige Bürger SPD	
Beyer, Christoph	SPD
Sachkundige Bürger FDP	
Beckmann, Dieter	FDP
Sachkundige Bürger UWG	
Lauert, Dieter	UWG
Sachkundige Bürger WfM	
Bielenberg, Jörn	WfM

von der Verwaltung

Töpfer, Uwe
Krüger, Monika
Burchardt, Bernd
Schmereim, Marco
Kaufmann, Yvonne

als Gäste

Sobotta, Angelina	Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH
Schuster, Nina	Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH
Gerlach, Dirk	DGEngineering GmbH
Adolf, Alexander	DGEngineering GmbH
Roll, Susanne	GTC Gummersbach GmbH

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	**Regionales Einzelhandelskonzept für Marienheide; Sachstandsbericht**	Drucksache Nr. **IV/084/12**

Der Vorsitzende Herr Ulrich Schneider begrüßt Frau Angelina Sobotta und Frau Nina Schuster von der Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH, Köln.

Frau Sobotta präsentiert einen Zwischenbericht zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Gemeinde Marienheide. Ein entsprechender Entwurf des Einzelhandelskonzeptes soll dann auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses im September stehen, sodass das Konzept voraussichtlich im November im Rat verabschiedet wird.

Durch die Erstellung eines Einzelhandelskonzeptes soll erreicht werden, dass die Nahversorgungssituation in Marienheide verbessert wird. Dazu gibt das Büro Dr. Jansen die Empfehlung, das Ortszentrum genau zu definieren und viele Sortimente als zentrenrelevant einzustufen. Hierdurch soll der Marienheider Ortskern für Gewerbetreibende interessanter und gleichzeitig eine Ansiedlung von Geschäften außerhalb des Zentrums verhindert werden.

Aus dem Ausschuss gibt es einige Wortmeldungen. RM Timo Fuchs spricht den Wandel im Konsumentenverhalten an. Viele Kunden wünschten sich beim Einkaufen einen „Erlebnisfaktor“ und hätten andere Ansprüche als früher.
Auch RM Monika Hüttenmeister sieht den Einkaufstrend eher Richtung Stadt, dies vor allem bei der jüngeren Generation.
RM Jürgen Rittel weist darauf hin, dass der Kauf im Internet weiter zunimmt, sodass der Einzelhandel in der Gemeinde und den Zentren allgemein einen immer schwereren Stand hat.

Frau Sobotta vertritt die Auffassung, dass die Marienheider Bürger, bzw. Bürger, die in einer kleineren Gemeinde leben, Wert auf persönliche Beziehungen beim Einkaufen legen. Die Bürger wollten sich treffen und austauschen und vieles lieber vor Ort erledigen.

Eine erneute Befragung der Bürger zu ihren Einkaufsgewohnheiten ist für Oktober vorgesehen.

2	**Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen - Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel; Beteiligungen der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen**	Drucksache Nr. **BV/079/12**

Frau Krüger erläutert den Sachverhalt, der sich inhaltlich an den Tagesordnungspunkt 1 anschließt:
Die Regierung des Landes NRW startet mit dem „sachlichen Teilplan großflächiger Einzelhandel“ des Landesentwicklungsplanes (LEP, Entwurf) einen neuen Versuch verbindliche landesplanerische Vorgaben für die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßbetrieben zu schaffen. Damit sollen das zentralschädliche Bauen auf der grünen Wiese verhindert und die Innenstädte gestärkt werden.
Der sachliche Teil des LEP sieht unter anderem vor, Einkaufszentren und Einzelhandelsgroßbetriebe mit zentrenrelevanten Kernsortimenten nur im zentralen Versorgungsbereich einer Gemeinde zuzulassen. Einer Agglomeration von zentrenschädlichen Einzelhandelsvorhaben außerhalb allgemeiner Siedlungsbereiche ist entgegenzuwirken.
Die Ziele der Raumordnung in der Bauleitplanung sind zwingend zu beachten und Grundsätze im Sinne des § 4 Abs. 1 ROG abwägend zu berücksichtigen.
Der Entwurf des LEP soll voraussichtlich Ende des Jahres beschlossen werden.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen – Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel – werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie sind übereinstimmend mit den Absichten der Gemeinde Marienheide, welche in das derzeit in der Arbeit befindliche Einzelhandelskonzept einfließen werden.	

3	**7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 "Konversion Griemeringhausen", Teil A (Gewerbe), Aufstellungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/095/12**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat der Gemeinde beschließt, für den Bebauungsplan Nr. 68 „Konversion Griemeringhausen Teil A (Gewerbe)“ ein 7. Änderungsverfahren gem. §13 BauGB durchzuführen. Hierbei soll der Ausschluss spiegelnder Gestaltungselemente aufgehoben werden.	

4	**73. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 85 "Graf-Albert- Straße / L 306", a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 und 4 Abs. 1 u. 2 BauGB; b) Plan- und Satzungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/065/12**

SB Sebastian Göldner nimmt gem. § 31 GO NW an der Abstimmung und Beratung zu diesem TOP nicht teil und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Helmut Gebske, sachkundiger Bürger der UWG, hat vor Beginn der Sitzung einen schriftlichen Antrag an die Mitglieder des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses und die Verwaltung verteilt, in dem er beantragt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und eine aktualisierte Stellungnahme der Kreispolizei einzuholen. Eine ausführliche Erklärung ist Inhalt des Antrages.

Nach einer Stellungnahme von Herrn Gebske zu seinem Antrag und einer kurzen Diskussion, wird über den Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes wie folgt abgestimmt:

2 Stimmen für den Antrag
1 Enthaltung
10 Stimmen gegen den Antrag.

Damit wird der Punkt nicht von der Tagesordnung abgesetzt und weiter diskutiert.

Für die im Bebauungsplan vorgesehene verkehrliche Erschließung auf die L 306 wird der Ausbau der betrieblichen Hauptzufahrt im Detail (Ausführungsplanung) zwischen der Gemeinde Marienheide, dem Landesbetrieb Straßen NRW und dem Oberbergischen Kreis (Polizeibehörde und Straßenverkehrsamt) noch abgestimmt.
Der Landesbetrieb Straßen NRW hat seine Zustimmung zum Abbiegen in beide Fahrtrichtungen der L306 aus der zukünftigen Anbindung der Firma Meißner GmbH gegeben.

Die eingegangenen Eingaben, die in schriftlicher Form vorliegen, werden einzeln abgefragt. Es besteht dazu kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Ja 10, Nein 2, Enthaltung 1

a) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 und 2 sowie 4 Abs. 1 und 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Liste dargelegt abgewägt und beschlossen.
b) Für die 73. Änderung des Flächennutzungsplanes wird der Planbeschluss gefasst. Darüber hinaus wird der Bebauungsplan Nr. 85 „Graf-Albert-Straße / L306“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl.I. S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Flächennutzungsplanänderung und dem Bebauungsplan sind gem. § 5 Abs. 5 BauGB bzw. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB beigefügt.

5	**2. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Kotthausen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB Durchführung eines erneuten Beteiligungsverfahrens in Form einer 2. öffentlichen Auslegung**	Drucksache Nr. **BV/085/12**

Die Eingaben werden einzeln abgefragt. Es besteht kein Erläuterungsbedarf, sodass daraufhin folgender Beschluss gefasst wird:

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig

a) Über die vorgetragenen Anregungen wird wie in der beigefügten Liste dargelegt beschlossen.
b) Zur geänderten Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Kotthausen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB wird der Öffentlichkeit, den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange erneut in Form einer öffentlichen Auslegung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

6	**Antrag auf Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Satzung zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Jedinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB**	Drucksache Nr. **BV/088/12**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, dem Antrag auf Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Satzung zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Jedinghagen gem. § 34 Abs. 4 Nrn. 1 und 3 BauGB nicht zu folgen.	

7	**18. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36"Gewerbegebiet Rodt"** **a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB** **b) Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB**	Drucksache Nr. **BV/092/12**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
a) Da keine Anregungen während des Beteiligungsverfahrens vorgetragen wurden, erübrigt sich eine Beschlussfassung hierzu. b) Die 18. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 „Gewerbegebiet Rodt“ wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.	

8	**19. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Gewerbegebiet Rodt";** **Aufstellungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/047/12/2**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 36 „Gewerbegebiet Rodt“ ein 19. Änderungsverfahren durchzuführen. Ziel der jetzigen Änderung des Bebauungsplanes ist die Ausweisung einer Bauzeile als Mischgebiet entlang der Ostlandstraße sowie die Umwandlung der öffentlichen Grünfläche in private Grünfläche.	

9	**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 "Am Gersnacken / Pestalozzistraße"; Modifizierung des Aufstellungsbeschlusses**	Drucksache Nr. **BV/089/12**

Herr BM Töpfer und Frau Krüger beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 62 „Am Gersnacken / Pestalozzistraße“ das 1. Änderungsverfahren mit modifizierten Geltungsbereich und geänderter Planung (Variante 1) durchzuführen.	

10	**2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 "Marienheide-Reppinghauser Straße" Aufstellungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/091/12**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen für zwei Teilbereiche des Bebauungsplanes Nr. 65 „Marienheide- Reppinghauser Straße“, welche in dem beigefügten Plan gekennzeichnet sind, ein 2. Änderungsverfahren durchzuführen.	

11	**3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 "Konversion Hermannsberg"; a) Ergebnis des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB b) Satzungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/090/12**

Die Eingaben werden einzeln abgewogen und nachfolgend der vorliegende Beschluss gefasst.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig

a) Über die Stellungnahmen, die während des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beiliegenden Ausarbeitung dargelegt abgewägt und beschlossen
b) Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 „Konversion Hermannsberg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl.I. S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplanänderung ist eine Begründung beigefügt.

12	**Absicht zur Einziehung jeweils eines öffentlichen Parkplatzes in Marienheide, Im Kiss, Heilerbergstraße und Hüttenbergstraße**	Drucksache Nr. **BV/083/12**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss beschließt die Absicht, die mit den Ziffern 1, 2 und 3 gekennzeichneten öffentlichen Parkplätze auf den Grundstücken

Gemarkung Marienheide,	Flur 10, Flurstücke T. a. 649, T. a. 592 (Ziffer 1), Im Kiss, Marienheide
Gemarkung Marienheide	Flur 8, Flurstücke T. a. 1116, T. a. 1117, T. a. 991 , und Flur 9, Flurstücke T. a. 1356, T. a 1357, T. a. 1363, (Ziffer 2), Heilerbergstraße, Marienheide
Gemarkung Marienheide,	Flur 9, Flurstück 1224 (Ziffer 3) Hüttenbergstraße, Marienheide

einzuziehen.

13	**Straßenreinigung; Festlegung der ab dem Jahr 2013 in den Kehrplan aufzunehmenden Straßenabschnitte**	Drucksache Nr. **BV/086/12**

Aus dem Ausschuss wird nachgefragt, ob für die Straßen, die neu in den Kehrplan aufgenommen werden sollten, bisher Gebühren eingezogen worden sind. Dies ist nicht der Fall. Es wurden lediglich Gebühren für den Winterdienst erhoben, jedoch nicht für die Straßenreinigung.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: eine Gegenstimme
Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss beschließt, die in der Anlage aufgelisteten Straßenabschnitte ab 2013 maschinell im zweiwöchigen Rhythmus reinigen zu lassen.	

14	**Behandlung von Bauanträgen und Bauvoranfragen**	Drucksache Nr.

Es liegen keine Bauanträge und Bauvoranfragen vor.

15	**Mitteilungen und Verschiedenes**	Drucksache Nr.

„Wallfahrtsort Marienheide“
Herr BM Töpfer gibt bekannt, dass der Pfarrgemeinderat der Katholischen Kirche Marienheide den Namenszusatz „Wallfahrtsort“ für die Orteingangsschilder in Marienheide bei der Gemeinde beantragt hat. Die Kosten dafür wolle die Pfarrgemeinde übernehmen.
Das Thema soll in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses im September vorberaten und danach im Rat beschlossen werden.

Löschwasser in Dürhölzen
Eine aktuelle Löschwasserermittlung nach Abschluss der Baumaßnahmen der Aggerenergie zwischen den Ortschaften Winkel und Dürhölzen hat eine Menge von 800l/min. ergeben. Somit ist ab sofort der von der Gemeinde zu erbringende Löschwassergrundschutz in Dürhölzen allein über das Trinkwasserleitungsnetz gesichert.

Sanierung Dreifachsporthalle
RM Harald Kramer erkundigt sich nach dem Fortschritt der Sanierungsarbeiten in der Dreifachporthalle. Er habe erfahren, dass sich die Baumaßnahme aufgrund von Schadstofffunden verzögert und fragt nach, welche Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden.

Die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen ergeben sich in erster Linie aus der Gefahrstoffverordnung (TRGS / Technische Regeln für Gefahrstoffe/Sanierung und Abbruch von Asbest). Für die notwendigen Arbeiten werden die Bereiche gesichert und diverse Luftmessungen in den Hallenbereichen durchgeführt. Die belasteten Bereiche werden danach mit sog. schwarz/weiß Schleusenanlagen abgeschottet sowie

Materialschleusen aufgestellt. Der Rückbau und die Entsorgung der Schadstoffe erfolgt in den abgeschotteten Bereichen im Unterdruckbetrieb.
Nach Abschluss der Arbeiten erfolgt eine Reinigung der Flächen. Erst nach entsprechenden Ergebnissen der erforderlichen Luftqualitätsmessungen können dann die Bereiche freigegeben werden.
Zurzeit findet in der Dreifachsporthalle kein Sportbetrieb statt.

RM Timo Fuchs bittet um einen Bericht im Haupt- und Finanzausschuss, da der Schadstofffund auch Auswirkungen auf die Kosten des Projektes haben wird.

Brucher Talsperre
SB Helmut Gebske trägt verschiedene Anliegen bezüglich der Brucher Talsperre vor. Er spricht die Überwachung des ruhenden Verkehrs bei hochsommerlichen Temperaturen wie am letzten Wochenende an. Herr Töpfer teilt mit, dass am vergangenen Wochenende viele Protokolle geschrieben und Abschleppvorgänge durchgeführt wurden. Bei solch einer Ausnahmesituation sei man mit dem Personal an die Grenzen gestoßen, wofür er um Verständnis bittet.
Des Weiteren weist Herr Gebske erneut auf die unübersichtliche und zum Teil irreführende Beschilderung im Einfahrtsbereich der Talsperre hin.
Die Verwaltung sichert zu, den Wupperverband als Grundstückseigentümer erneut über die Angelegenheit zu informieren. Dies ist mittlerweile geschehen und es wird zeitnah ein gemeinsamer Ortstermin stattfinden. Danach wird dieser Ausschuss unaufgefordert darüber informiert.
Das Schild auf der Brucher Straße, welches darauf hinwies, dass links Richtung Eberg in Höhe des DLRG-Häuschens keine Parkplätze vorhanden sind, ist mittlerweile vom Bauhof entfernt worden.

Vorsitzende/r: Schriftführer/in:

Ulrich Schneider Yvonne Kaufmann

Gesehen:

Uwe Töpfer
Bürgermeister